Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 190 (2024)

Heft: 9

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CHILE

Panzer-Upgrade alarmiert Nachbarn

Die chilenische Armee hat einen bedeutenden Schritt zur Modernisierung ihrer Panzerflotte unternommen. Ziel ist es, die Kampfeffizienz und die Sensorfähigkeiten der 140 Panzer Leopard 2A4, die Chile 2007 gebraucht von Deutschland erworben hatte, deutlich zu verbessern. Die Modernisierung umfasst den Austausch des Feuerleitsystems durch das hochmoderne Volkan-System der türkischen Aselsan, die Integration von fernbedienbaren Waffenstationen vom Typ Sarp zur Steigerung der Feuerkraft sowie neue Optiken für Richtschütze und Kommandant. Auch Laserwarnsysteme und Kameras für den Fahrer sollen die Überlebensfähigkeit erhöhen. In einer möglichen zweiten Phase könnte zudem ein aktives Schutzsystem integriert werden. Experten sehen in der Aufrüstung der chilenischen Leopard 2A4, die bereits jetzt zu den modernsten Panzern Südamerikas zählen, eine deutliche Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses in der Region. Während die Nachbarländer Peru und Bolivien überwiegend auf veraltete Modelle aus den 1950er- und 1960er-Jahren wie den T-55 oder SK-105 setzen, verfügt lediglich Argentinien mit dem TAM über einigermassen moderne Panzer. Zudem hatte Chile erst 2009 von den USA Radarsysteme, Haubitzen, Fahrzeuge und Munition im Wert von 275 Millionen Dollar erworben, um nach eigenen Angaben damit ein neues Bataillon aufzustellen. Auch die Marine des Landes modernisiert ihre Fregattenflotte. Argentinien wiederum stellte im Mai 2024 die ersten fünf kampfwertgesteigerten Panzer vom Typ TAM 2C-A2 in Dienst. Diese konventionelle Aufrüstung in Südamerika wird entsprechend mit einiger Sorge betrachtet. Befürchtet wird ein neuer Rüstungswettlauf, der die über Jahrzehnte gewachsene regionale Stabilität gefährden könnte. Gerade vor dem Hintergrund ungelöster Territorialkonflikte – wie zwischen Chile und Bolivien um den Zugang zum Pazifik – bergen die Entwicklungen Eskalationspotenzial. *pk*

VENEZUELA

Wagner-Gruppe auch an Maduros Seite

Nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen in Venezuela am 28. Juli erklärte sich Amtsinhaber Nicolás Maduro zum Sieger, obwohl Wahlbefragungen einen Sieg des Oppositionskandidaten Edmundo González Urrutia vorhersagten. Die Opposition warf Maduro massiven Wahlbetrug vor, was landesweite Proteste auslöste. Dabei sollen laut Menschenrechtsgruppen mindestens 24 Demonstranten und zwei Soldaten ums Leben gekommen sein. Augenzeugen berichten von brutaler Gewalt seitens der Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten. Während der Proteste wurden Söldner der russischen Wagner-Gruppe an der Seite venezolanischer Sicherheitskräfte gesichtet. Videoaufnahmen zeigen einen Mann in Tarnkleidung mit entsprechenden Abzeichen inmitten von Polizisten in Caracas. Bereits 2019 sollen bis zu 400 Wagner-Söldner nach Venezuela entsandt worden sein, um Maduros Regime zu stützen. Die Anwesenheit russischer Kämpfer während der politisch heiklen Zeit unterstreicht Moskaus anhaltende Unterstützung für Maduro trotz internationaler Kritik an dessen autoritärer Herrschaft. International wurde das Wahlergebnis von zahlreichen Staaten nicht anerkannt. Die USA, die EU und viele lateinamerikanische Länder äusserten erhebliche Zweifel an der Rechtmässigkeit der Wahl und forderten eine unabhängige Überprüfung sowie die Offenlegung der detaillierten Auszählungsergebnisse, was Maduro bisher kategorisch verweigert. Russland, China, Iran und Kuba stellten sich hingegen demonstrativ hinter Maduro und gratulierten ihm zum Wahlsieg. Dies dient natürlich dem Versuch, den eigenen Einfluss in der Region auszubauen.

Als Reaktion auf die anhaltenden Proteste startete das Regime eine beispiellose Unterdrückungswelle. Laut der venezolanischen Menschenrechtsorganisation Foro Penal wurden über 1100 Oppositionsaktivisten festgenommen, darunter auch zahlreiche Spitzenpolitiker und Journalisten. Maduro rief seine Anhänger in martialischer Rhetorik auf, «Verräter» zu denunzieren, und drohte, den Widerstand gegen ihn gnadenlos zu «zermalmen». Eine eigens eingerichtete Telefon-Hotline ermutigt regimetreue Bürger, verdächtige Regierungsgegner zu melden. Die Verhaftungswelle zielt offenbar darauf ab, ein Klima der Angst und Einschüchterung zu erzeugen. Viele der willkürlich Festgenommenen haben keinerlei politische Verbindungen und nahmen nicht einmal an Protesten teil. Grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien wie der Zugang zu Anwälten und ein faires Verfahren werden systematisch missachtet. Maduro kündigte die Verlegung aller Inhaftierten in zwei berüchtigte Hochsicherheitsgefängnisse an, in denen Folter und unmenschliche Haftbedingungen an der Tagesordnung sind. International wächst deshalb die Besorgnis über das harte Vorgehen des Regimes. Auch wenn traditionelle Verbündete wie Brasilien, Mexiko und Kolumbien Maduro zur Offenlegung der Wahlergebnisse drängten, hält dieser eisern an der Macht fest. Eine Verhandlungslösung der Krise scheint derzeit in weiter Ferne. Angesichts dieser angespannten Lage haben die USA und die EU ihre Sanktionen gegen Venezuela nochmals verschärft. Maduros Auslandskonten wurden eingefroren und Einreiseverbote gegen Regierungsmitglieder verhängt. Experten bezweifeln jedoch, dass der wirtschaftliche Druck Maduro zum Einlenken bewegen wird. Stattdessen könnte er sich noch stärker in die Arme Russlands und Chinas begeben, die kein Interesse an einem Regimewechsel in Caracas haben. Unterdessen spitzt sich die humanitäre Lage in Venezuela weiter zu. Durch die Wirtschaftskrise und die internationalen Sanktionen herrscht ein dramatischer Mangel an Lebensmitteln, Medikamenten und Benzin. Millionen Venezolaner sind in den letzten Jahren ins Ausland geflohen. *pk*

Eine gestürzte Statue des ehemaligen Staatsführers Hugo Chávez.
Bild: Folha de S. Paulo

MALI

Russland unter Druck

Ende Juli kam es im Norden Malis zu schweren Gefechten zwischen Tuareg-Rebellen, Kämpfern der mit Al-Qaida verbundenen Gruppe JNIM sowie Einheiten der malischen Armee und russischen Söldnern der Wagner-Gruppe. Die Kämpfe begannen am 25. Juli in der Wüstenregion nahe der Stadt Tinzaouatène an der Grenze zu Algerien. Berichten zufolge gerieten die Regierungstruppen und Wagner-Söldner in einen Hinterhalt. Die Verluste auf Seiten der Russen gelten als die schwersten seit Beginn ihres Einsatzes in Mali vor zwei Jahren. Schätzungen reichen von 20 bis 80 getöteten Wagner-Kämpfern. Die Söldnergruppe bestätigte den Tod eines ihrer Kommandeure sowie den Abschuss eines russischen Hubschraubers. Tuareg-Separatisten behaupteten, insgesamt 84 Wagner-Söldner und 47 malische Soldaten getötet zu haben. Die malische Übergangsregierung gab «erhebliche» Verluste zu. Genaue Zahlen nannten weder die Armee noch die Wagner-Gruppe, die inzwischen als «Africa Corps» firmiert und dem russischen Verteidigungsministerium unterstellt ist. Nach den Gefechten posierten Tuareg-Kämpfer mit einer ukrainischen Flagge. Wenig später, am 29. Juli, deutete Andrij Jusow, Sprecher des ukrainischen Militärgeheimdienstes, eine mögliche Verwicklung Kiews an. Die Rebellen hätten «notwendige Informationen» erhalten, um die Angriffe durchzuführen. Offenbar sollen ukrainische Spezialkräfte die Aufständischen auch im Umgang mit Drohnen geschult haben. Die Regierung Malis zeigte sich schockiert über die Äusserungen und warf deshalb der Ukraine vor, die Souveränität des Landes zu verletzen. Jusows Kommentare seien ein Eingeständnis der «Beteiligung der Ukraine an einem feigen, heimtückischen und barbarischen Angriff bewaffneter Terrorgruppen». Am 6. August verkündete Mali dann den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Ukraine mit sofortiger Wirkung. Die Ukraine wies jegliche Beteiligung an den Kämpfen zurück und bedauerte die «voreilige» Entscheidung Malis. Diese sei getroffen worden, ohne die Fakten und Umstände des Vorfalls gründlich zu untersuchen und Beweise für eine ukrainische Verwicklung vorzulegen. Man halte sich bedingungslos an das Völkerrecht und die Unverletzlichkeit der Souveränität anderer Staaten. Kiew behält sich politische und diplomatische Massnahmen als Reaktion vor und wies den Vorwurf der Unterstützung von Terrorismus zurück. Zugleich betonte die Ukraine, dass die Wagner-Gruppe selbst «terroristische Methoden» anwende. Deren Söldner seien direkt an Kriegsverbrechen, der Tötung von Zivilisten und Misshandlung von Kriegsgefangenen beteiligt – sowohl in der Ukraine als auch in afrikanischen Ländern. *pk*

Spuren der Zerstörung nach dem Angriff der Tuareg auf einen Wagner-Konvoi.
Bild: x/twitter

CHINA

Empfang des ukrainischen Aussenministers

Chinas Haltung im Ukraine-Konflikt steht seit Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 unter genauer Beobachtung. Peking positioniert sich als neutraler Vermittler, doch die engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Moskau werfen Fragen auf. Ein Wendepunkt könnte der Besuch des ukrainischen Aussenministers Dmytro Kuleba in China vom 23. bis 26. Juli markieren – der erste eines hochrangigen ukrainischen Vertreters seit Kriegsbeginn. In der südchinesischen Metropole Guangzhou traf Kuleba seinen Amtskollegen Wang Yi zu einem dreistündigen Gespräch. Laut Kuleba bekräftigte China dabei «unerschütterlich» seinen Respekt für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Gleichzeitig betonte Peking, dass die Bedingungen für Waffenstillstandsverhandlungen noch nicht reif seien, signalisierte aber Bereitschaft, eine konstruktive Rolle in den Friedensbemühungen zu spielen. Der Besuch fand vor dem Hintergrund wachsender Kritik westlicher Staaten an Chinas Haltung statt. Beim NATO-Gipfel 2024 in Washington wurde Peking als «entscheidender Unterstützer» des Konflikts bezeichnet. Auch bei Reisen des chinesischen Sondergesandten Li Hui nach Europa wurde deutlich, dass die Unterstützung für Russland die Beziehungen belastet. Es mehren sich die Anzeichen, dass China die diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Kosten seiner Partnerschaft mit Moskau zunehmend scheut. Verschärfte US-Sanktionen bremsen den chinesisch-russischen Handel, und Pekings Ruf leidet unter der Nähe zum Aggressor. Möglicherweise ist die kommunistische Führung nun ernsthaft an einer aktiveren Vermittlerrolle interessiert, um Schaden von chinesischen Interessen abzuwenden. Kiew erhofft sich von China, seinen Einfluss auf Moskau für eine Beendigung des Krieges zu nutzen. Denn Präsident Wolodimir Selenski strebt noch in diesem Jahr einen zweiten internationalen Gipfel an, um seine Friedensinitiative voranzutreiben – vorzugsweise in einem Land des «Globalen Südens» und mit russischer Beteiligung. Ob Kulebas Besuch tatsächlich ein neues Kapitel in den chinesisch-ukrainischen Beziehungen einläutet und Peking eine echte Vermittlerrolle einnimmt, bleibt abzuwarten. Doch er könnte ein erster Schritt zur Wiederbelebung des diplomatischen Prozesses sein. *pk*

DEUTSCHLAND

Festigung des Pazifik-Engagements

Die Bundeswehr baut ihr Engagement im Indopazifik kontinuierlich aus, um gemeinsam mit ihren Partnern Frieden, Stabilität und freie Seewege in der strategisch wichtigen Region zu sichern. Im Juli 2023 beteiligte sich das Heer erstmals an der Übung «Talisman Sabre» in Australien, um die Kooperation mit Verbündeten zu stärken. Soldaten des Gebirgsjägerbataillons 233 trainierten dabei unter anderem amphibische Operationen und die Zusammenarbeit zwischen Bodentruppen und Schiffen. Verteidigungsminister Boris Pistorius reiste nun im Juli 2024 in die Region, um die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Wertepartnern wie Australien, Japan und Singapur weiter auszubauen. Bei Gesprächen ging es auch um die Rolle Chinas und die Bedeutung einer regelbasierten internationalen Ordnung. Pistorius betonte, Deutschland wolle im Indopazifik «Flagge zeigen» und mit Partnern kooperieren, ohne zu konfrontieren. Von Mai bis Dezember 2024 nehmen zudem die Fregatte «Baden-Württemberg» und der Einsatzgruppenversorger «Frankfurt am Main» am Indo-Pacific Deployment (IPD) 2024 teil. Die Schiffe zeigen auf internationalen Schifffahrtsrouten Präsenz, üben mit Partnern und machen in Häfen der Region fest. Im Sommer nahmen sie auch am Manöver «Rimpac» vor Hawaii teil, dem weltweit grössten multinationale Seemanöver. Dort kooperierten sie mit über 25 Nationen, darunter die USA, Kanada, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. Auch die Luftwaffe plant seit Juni 2024 Trainings im Rahmen von Pacific Skies, unter anderem die Übung «Pitch Black» in Australien. Dabei sollen Interoperabilität und taktische Fähigkeiten gestärkt werden. Zudem ist eine Beteiligung an der Übung «Malabar» mit Indien, den USA, Japan und Australien im Indischen Ozean angedacht. Verteidigungsminister Pistorius kündigte zudem Anfang August an, dass die Bundeswehr bald dauerhaft einen Verbindungsoffizier im Hauptquartier des Indopazifik-Kommandos der USA (Indopacom) auf Hawaii stationieren werde. Dies sei ein weiterer Beweis der deutschen Verpflichtung in der internationalen Zusammenarbeit. Die Deutsche Marine wird dort mit einem Offizier im Rang eines Kapitäns vertreten sein. Ein Meilenstein war auch der Beitritt Deutschlands zum UN-Kommando in Südkorea im August 2024. Seit fast 75 Jahren hält diese multinationale Truppe den Waffenstillstand auf der koreanischen Halbinsel aufrecht. Mit der Übergabe der deutschen Flagge im Camp Humphreys solidarisiert sich Deutschland mit der Region und unterstützt die Stabilität. Pistorius betonte, für Deutschland und Südkorea zähle die Stärke des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren. Die Sicherheit Europas und des Indopazifiks seien eng verbunden. Deutschland wird sich im Zuge des IPD 2024 auch an der Überwachung der UN-Sanktionen gegen Nordkorea beteiligen. Ziel ist es, Schmuggel zu unterbinden und so zu verhindern, dass sich das Regime Nuklearwaffen beschafft. Das deutsche Engagement in der Region ist Teil der 2020 beschlossenen Leitlinien der Bundesregierung zum Indopazifik sowie der im Juni 2023 verabschiedeten nationalen Sicherheitsstrategie. Darin wird die wachsende Bedeutung der Region für Deutschlands Sicherheit und Wohlstand betont. *pk*

Deutschland gehört neu zum UN-Kommando in Südkorea. Bild: Bundeswehr

UKRAINE

Angriff auf Russland

Die ukrainische August-Offensive in der russischen Region Kursk markiert eine bedeutende Wende im Verlauf des Krieges. Erstmals seit Beginn der russischen Invasion ist es ukrainischen Streitkräften gelungen, in grösserem Umfang auf russisches Territorium vorzudringen. Der Angriff kam für die russische Seite, dank strengster ukrainischer Geheimhaltung – nicht einmal die USA waren eingeweiht –, völlig überraschend. Bemerkenswert ist der Einsatz mechanisierter Brigaden, was auf ein gestiegenes Vertrauen der Ukraine in ihre militärischen Fähigkeiten hindeutet. Innerhalb weniger Tage konnten ukrainische Einheiten bereits bis zu 35 Kilometer tief in russisches Gebiet vorstossen und wichtige Verkehrsknotenpunkte, Nachschublinien und sogar eine für europäisches Gas gedachte Verteilstation einnehmen. Dies zwingt Russland dazu, Truppen von anderen Frontabschnitten abzuziehen, insbesondere aus der Region um Pokrowsk, wo zuletzt russische Offensivbemühungen zu verzeichnen waren. Für die Ukraine ergeben sich durch die Operation mehrere strategische Vorteile: Neben der Unterbrechung der russischen Versorgung schafft sie vor allem Ungewissheit auf russischer Seite. Nach zwei Jahren weitgehend vorhersehbarer Operationen sieht sich Russland nun mit einer neuen, unberechenbaren Situation konfrontiert. Dies könnte zu grösserer Vorsicht und Zurückhaltung bei künftigen russischen Militäraktionen führen. Gleichzeitig stellt die Offensive einen wichtigen moralischen Auftrieb für die ukrainische Bevölkerung dar, die nach zwei Jahren des Abwehrkampfes nun einen greifbaren militärischen Erfolg verzeichnen kann. Die Tatsache, dass ukrainische Streitkräfte innerhalb weniger Tage mehr russisches Territorium unter ihre Kontrolle bringen konnten als Russland in monatelangen Offensiven, unterstreicht die Bedeutung.

SLOWAKEI

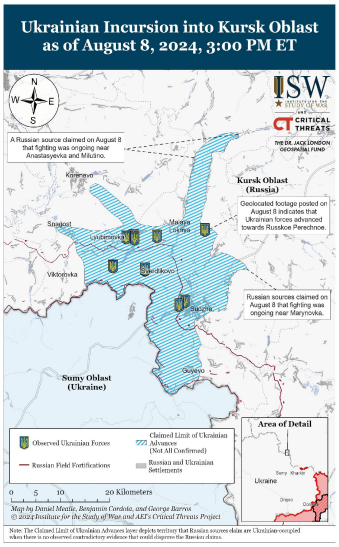
Sägen am eigenen Ast

Schlüsselübergabe für F-16 auf der slowakischen Malacky Air Base.
Bild: US Air Force

Die politische Landschaft der Slowakei hat in den letzten Monaten eine bemerkenswerte Transformation durchlaufen, die sowohl innen- als auch aussenpolitisch weitreichende Konsequenzen nach sich zieht. Premierminister Robert Fico zündelt seit seinem Amtsantritt im Oktober 2023 an allen Institutionen. Es zeichnet sich eine deutliche Verschiebung in der slowakischen Politik ab, die insbesondere in den Bereichen Kultur, Verteidigung und internationale Beziehungen spürbar ist. Der versuchte Mordanschlag auf den Premier war dann der Brandbeschleuniger. Im Kultursektor sorgte Kulturministerin Martina Simkovicova, Mitglied der nationalistischen SNS-Partei, für Aufsehen, als sie die Direktoren mehrerer bedeutender staatlicher Kultureinrichtungen entliess. Diese Massnahmen, die unter anderem den Leiter des slowakischen Nationaltheaters und die Direktorin der Nationalgalerie betrafen, stiessen auf heftige Kritik in der Öffentlichkeit und den Medien. Die Entlassungen werden als Teil einer breiteren politischen Agenda gesehen, die darauf abzielt, den Einfluss der neuen Regierung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu festigen. Parallel dazu hat das slowakische Parlament im Juni einen umstrittenen Plan zur Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erlassen. Diese Reform wird von Kritikern als Versuch gewertet, die Unabhängigkeit der Medien zu untergraben und die Kontrolle der Regierung über die Berichterstattung zu verstärken. Die Entwicklungen im Kulturbereich und im Mediensektor haben zu wachsenden Bedenken hinsichtlich der Pressefreiheit und der kulturellen Autonomie in der Slowakei geführt.

In der Verteidigungspolitik hat die neue Regierung ebenfalls signifikante Änderungen vorgenommen. Verteidigungsminister Robert Kalinak kündigte Pläne an, zusätzlich zu den bereits bestellten 14 F-16-Kampfjets vier weitere Maschinen zu erwerben. Diese Entscheidung wird als möglicher Versuch interpretiert, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu verbessern, nachdem die Regierung zuvor einen Vertrag über den Kauf von Bell AH-1Z-Viper-Kampfhubschraubern gekündigt hatte. Gleichzeitig hat die Regierung die von der Vorgängerregierung getroffene Entscheidung, 13 MiG-29-Kampfjets an die Ukraine zu spenden, scharf kritisiert und sogar rechtliche Schritte in Erwägung gezogen. Die aussenpolitische Ausrichtung der Slowakei hat sich unter der neuen Regierung entsprechend merklich verändert. Premierminister Fico, der im Wahlkampf mit einer prorussischen Plattform antrat, hat die militärische Unterstützung für die Ukraine eingestellt und sich gegen weitere Sanktionen gegen Russland ausgesprochen. Diese Haltung hat zu Spannungen mit westlichen Verbündeten geführt und stellt die Position der Slowakei innerhalb der EU und der NATO in Frage. Trotz dieser Herausforderungen gab es auch Anzeichen für pragmatische Ansätze in den bilateralen Beziehungen. Bei einem Treffen zwischen dem ukrainischen Premierminister Denys Shmyhal und Robert Fico im Januar 2024 wurde eine Politik des «neuen Pragmatismus» vereinbart, die es der Ukraine ermöglichen soll, Waffen und Ausrüstung direkt von slowakischen Unternehmen zu kaufen, ohne Einmischung der Regierung. Die jüngsten Entwicklungen in der Slowakei haben auch zu Spannungen mit der Europäischen Union geführt. Die EU-Kommission hat in ihrem Rechtsstaatlichkeitsbericht 2024 Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz und der Medienfreiheit in der Slowakei geäussert. Gleichzeitig hat die slowakische Regierung zusammen mit Ungarn Einwände gegen die von der Ukraine verhängten Sanktionen erhoben, die den Transit von russischem Öl nach Mitteleuropa einschränken, was von der EU-Kommission aber lediglich zur Kenntnis genommen wurde. Die Spannungen zwischen den innenpolitischen Prioritäten der Regierung und den Erwartungen der internationalen Partner stellen somit eine bedeutende Herausforderung für die slowakische Diplomatie dar. *pk*

Für den weiteren Kriegsverlauf ergeben sich nun verschiedene Szenarien: Einerseits könnte die Ukraine versuchen, die gewonnenen Gebiete zu halten und als Verhandlungsmasse für künftige Friedensgespräche zu nutzen. Andererseits besteht die Möglichkeit, dass Russland mit massiven Gegenschlägen reagiert, um die verlorenen Gebiete zurückzuerobern und eine weitere Eskalation zu provozieren. *pk*



▶ **Die Karte zeigt ein Standbild des ukrainischen Angriffs Anfang August.** Bild: ISW